



Mondlandschaft in der Mongolei. Hier wird Kupfer abgebaut.

FOTO: DPA

Ein bisschen Licht ins Dunkel bringen

Die Transparenz der Einnahmen aus Bodenschätzen soll weltweit verbessert werden / Deutschland macht jetzt mit

VON UNSEREM MITARBEITER
CHRISTIAN MIHATSCH

PHNOM PENH. Rohstoffreichtum korumpiert. Daher versuchen zwei internationale Initiativen, mehr Transparenz in die Zahlungen von Minenbetreibern an Regierungen zu bringen. Doch deren Erfolg ist begrenzt, denn es gibt keine ähnlichen Regeln für den Handel mit Rohstoffen.

Zum Glück hat Deutschland kaum Bodenschätze, denn Länder mit großen Rohstoffvorkommen sind meist arm. Das mag verwundern, denn die von den Industrieländern begehrten Rohstoffe bringen ständig frisches Geld. Aber in rohstoffreichen Ländern sind die Staatseinnahmen von der lokalen Wirtschaft weitgehend unabhängig. Deshalb besteht für Regierungen wenig Anreiz, die lokale Wirtschaft zu entwickeln.

Hinzu kommt die Konzentration der Finanzströme. Während in entwickelten Volkswirtschaften wie Deutschland und der Schweiz Tausende von Firmen das Volkseinkommen erarbeiten, sind es in den Rohstoffländern nur sehr wenige Fir-

men oder gar nur eine einzige. Dies erhöht die Gefahr eines Bürgerkriegs: Wie der Ökonom Paul Collier berechnet hat, liegt die Gefahr eines Bürgerkriegs in normalen Ländern bei einem halben Prozent. In Ländern, die vom Bergbau abhängig sind, beträgt sie hingegen 23 Prozent.

Aber auch ohne Krieg sind Rohstoffe ein Fluch. Da in der Regel nur eine kleine Zahl von Personen Kontrolle über die Finanzströme hat, besteht ein geradezu unwiderstehlicher Anreiz, etwas für sich abzuzweigen. Dieses Problem versuchen zwei internationale Initiativen zu bekämpfen: Die Extractive Industries Transparency Initiative Eiti (Transparenzinitiative für Rohstoffe) verlangt von Regierungen, dass sie alle Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft offenlegen. Publish What You Pay PWYP (Lege offen, was du zahlst) verlangt von Bergbauunternehmen, dass sie alle Zahlungen an Regierungen offenlegen. Dadurch entsteht eine Art doppelter Buchhaltung, die es den Menschen in den Förderländern ermöglichen soll, ihre Regierungen zu kontrollieren.

Die Bundesregierung hat nun beschlossen, Eiti beizutreten. „Wir sind uns be-

wusst, dass Deutschland nicht zu den großen Rohstoffländern gehört, für die Eiti ursprünglich geschaffen wurde. Die Stärkung von Eiti liegt aber in unserem strategischen Interesse“, sagt Uwe Beckmeyer, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Es geht also um ein politisches Signal, dass Deutschland bereit ist, sich an die gleichen Regeln zu halten, die es in Afrika und Asien predigt.

Nicht nur von symbolischer Bedeutung sind hingegen zwei Maßnahmen, die von PWYP angestoßen wurden: Im Gesetz zur Neuordnung der US-Finanzindustrie nach der Finanzkrise von 2008 versteckt sich ein Paragraf, der alle in den USA börsennotierten Rohstoffkonzerne dazu zwingt, ihre Zahlungen, Land für Land und Projekt für Projekt, offenzulegen. Seit vergangenen Jahr besteht eine EU-Verordnung, die das Gleiche für große europäische Rohstoffkonzerne vorsieht, egal ob diese börsennotiert sind oder nicht. Ähnliche Regeln gelten zudem in Hongkong und Australien, während in Kanada ein entsprechendes Gesetz noch beraten wird. Damit sind rund drei Viertel aller privaten Rohstoffkonzerne der Welt abgedeckt.

Trotzdem ist der Kampf gegen Korruption im Rohstoffsektor noch nicht gewonnen, denn Eiti und PWYP beziehen sich auf die Förderung von Rohstoffen. Der Handel mit Rohstoffen ist weitgehend unreguliert. Zentral ist hier die Schweiz. Rund 45 Prozent des weltweiten Rohstoffhandels laufen über die Schweiz, fünf der zehn größten Rohstoffhändler der Welt haben dort ihren Hauptsitz oder managen von dort ihr Geschäft.

Innen will die Schweizer Regierung nicht auf die Pelle rücken. Wie der Bundesrat jetzt mitteilte, wird „auf eine Ausdehnung der Regelung (zur Transparenz im Rohstoffsektor) auf den Rohstoffhandel mit staatlichen Stellen einstweilen verzichtet“. Dabei ist sich die Schweizer Regierung durchaus bewusst, dass das Land „als international führender Rohstoffhandelsplatz eine besondere Verantwortung“ trägt. Die Erklärung von Bern, eine Nicht-Regierungsorganisation, nennt die Position der Regierung denn auch schizophoren. Tatsächlich bleibt die geplante Schweizer Regelung hinter der US-Regelung zurück: Dort gelten die Transparenzregeln auch für den Rohstoffhandel.